



# Medienrohstoff

Datum: 2. April 2024

---

## Terrorismus und gewalttätiger Extremismus

### Was tut das EJPD gegen Terrorismus und gewalttätigen Extremismus?

**Taskforce TETRA:** Um der wachsenden Torgefahr zu begegnen, gründete die Schweiz 2014 die Taskforce TETRA («Terrorist Tracking») zur Koordination der Terrorismusbekämpfung. Verschiedene Behörden, darunter der Nachrichtendienst und die Bundesanwaltschaft, arbeiten unter der Leitung von fedpol zusammen, um terroristische Akte im In- und Ausland zu verhindern und die Sicherheit zu erhöhen. fedpol führt zusammen mit der Bundesanwaltschaft die Ermittlungen mit Terrorismusbezug (aktuell in über 80 Fällen)

**Prävention:** In der Prävention kann fedpol im Zeitraum 2023 bis 2027 im Rahmen des zweiten Nationalen Aktionsplans (NAP) zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus jährlich 750 000 Franken Finanzhilfen an Projekte auch von NGOs vergeben. Diese Massnahmen zielen darauf ab, das Verständnis für Radikalisierungsprozesse zu vertiefen, das Bewusstsein zu stärken und die Zusammenarbeit verschiedener Akteure zu verbessern, wobei ein Schwerpunkt auf der Prävention bei Jugendlichen liegt.

**PMT:** Seit 2022 kann fedpol zudem Massnahmen im Rahmen des Bundesgesetzes über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) auf Antrag der Kantone oder des NDB bewilligen.

**Hamas-Verbot:** Als Reaktion auf terroristische Angriffe in Israel verbot der Bundesrat kürzlich die Hamas und ähnliche Organisationen, um die Sicherheit der Schweiz zu schützen und die Terrorismusfinanzierung zu bekämpfen. fedpol hat das Gesetz für das EJPD ausgearbeitet. Bereits verboten sind der Islamische Staat (IS) und Al-Quaïda.

### Was ist geplant?

**POLAP:** fedpol schafft gemeinsam mit den Kantonen mit «POLAP» eine nationale Abfrageplattform; die technischen Arbeiten sind weit fortgeschritten. Die Kantone arbeiten daran, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, mit dem Ziel, dass vorhandene polizeiliche Einträge in einem Kanton auch für Polizisten anderer Kantone einsehbar sind. Das ist ein sehr wichtiges Vorhaben, um den polizeilichen Datenaustausch –

national und international – zu vereinfachen und zu beschleunigen. Für die Polizeiarbeit in der Schweiz wird das ein grosser Fortschritt sein. Aufgrund der aktuellen Arbeiten am Konkordat ist es zum aktuellen Zeitpunkt schwierig, die genaue Inbetriebnahme von POLAP zu prognostizieren.

**BPI:** In engem Zusammenhang dazu steht die geplante Revision des Bundesgesetzes über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI). Ziel dieser Revision ist, eine moderne Rechtsgrundlage für den Umgang mit Daten und Datensystemen zu schaffen. Es bildet den rechtlichen Rahmen für polizeiliche Datenbearbeitungen auf Basis der bestehenden gesetzlichen Aufgaben. Es wird auch die Grundlage des Bundes für den Betrieb von POLAP sein. Das revidierte Gesetz soll voraussichtlich Ende 2027 in Kraft gesetzt werden.

**Interoperabilität:** Auf EU-Ebene laufen zudem Arbeiten, um die sogenannte Interoperabilität (oder Vernetzung) verschiedener Informationssysteme der EU zu gewährleisten. Auch hier ist das Ziel, den Zugang zu vorhandenem Wissen über eine Person zu vereinfachen und z.B. Einträge aus dem SIS und Eurodac (Fingerabdruck-Identifikation im Asylbereich) mit einer Abfrage zur Verfügung zu stellen. Der Prozess der Verabschiedung der Verordnung ist im Gange. Gemäss neuem Zeitplan sollen die gesetzlichen Grundlagen im Oktober 2024 in Kraft treten. Es ist noch offen, ob ein stufenweises Inkrafttreten stattfinden wird, oder ob der gesamte Bundesbeschluss und die Verordnung zusammen in Kraft treten. Von 2026 bis 2027 sollte die vollständige Umsetzung der Interoperabilität erfolgen.

**PNR:** Der Bundesrat will zudem noch in diesem Jahr die Botschaft zum Flugpassagierdatengesetz verabschieden. PNR, sog. Passenger Name Records, Buchungsdaten von Flugpassagieren ist ein Instrument, das der Polizei und anderen Sicherheitsbehörden helfen wird, gegen Terrorismus und Schwerstkriminalität besser vorzugehen. Im Jahr 2026 soll das Gesetz in Kraft treten. Im gleichen Jahr soll auch das Schweizer PNR-System in Betrieb genommen werden und die Passenger Information Unit (PIU), welche die Daten bearbeitet, ihre Arbeit aufnehmen.